

Die Positionierung der Parteien vor der Bundestagswahl 2002 tritt in die entscheidende Phase. Wahrnehmbar ist oberflächlich nur die Darstellungspolitik mit dem Wettbewerb der möglichen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien. Doch die Entscheidungspolitik mit der Aufbereitung der thematischen Ausrichtung ist ebenso bedeutungsvoll. Die großen Programm-Kommissionen der CDU, die nach dem Parteitag in Essen 2000 eingesetzt wurden, waren zunächst primär ein Instrument der neuen Parteiführung. Machttaktisch sollten die Flügel der parteipolitischen Widersacher eingebunden werden in ein Arrangement des Neuanfangs. Doch das Instrument der Ausschussbildung war diesmal kein Ablenkungsmanöver, um Konflikte führungs-technisch einzuhegen. Es eignete sich auch nicht, um ein subtiles Spinnennetz um bestehende Institutionen zu weben mit dem einzigen Zweck, sie unwichtiger zu machen. Derartige Taktiken hätten das Ziel verfehlt, denn nach sechzehn Jahren Regierungszeit konnte nur eine inhaltliche Aufrüstung den Unionsparteien die Zukunftsfähigkeit zurückgeben.

## Richtiges Mischungsverhältnis

Längst hat die Wahlforschung den Zusammenhang zwischen Personen und Programmen ermittelt: Eine Kampagne ohne Kompetenz ist ebenso wenig erfolgreich wie Kompetenz ohne Kampagne. Es kommt auf das richtige Mischungsverhältnis dabei an. Ein strahlender Medienstar lädt viele zum schnellen Flirt ein. Er

oder sie ist Sympathieträger, doch ist er oder sie auch wählbar? Mehrheitlich kreuzen die Bundesbürger dort den Wahlzettel an, wo die sympathische und glaubwürdige Person auch mit Problemlösungskompetenz in Verbindung gebracht wird: Telegenität und Sachkenntnis.

Auch dabei steht nicht die persönliche Kompetenz des Kandidaten im Zentrum, sondern durchaus sein darauf abgestimmtes kompetentes Umfeld: die Mannschaft, das Team, die Partei. Das Führungsteam muss zu den Themen passen. Gesucht sind Personen, die Lotsendienste übernehmen: zeitlich begrenzt, bei Bedarf moderierend, die inhaltliche Ausrichtung stets vor Augen und in stürmischen Zeiten verlässlich Orientierungspunkte ansteuernd. Tricks werden schnell durchschaut.

Vage inhaltliche Projektionen über die Thematik der Parteien besitzen die Wahlbürger. Dramatische Programmänderungen der Partei sickern sehr langsam ins Problembewusstsein der Wähler. Kurz vor den Wahlen erscheinen solche Kehrtwendungen unglaubwürdig.

Vordergründig leidet die CDU noch an den Nachwirkungen des Spenden-skandals. Doch unabhängig davon sieht sich die Christdemokratie als klassische Volkspartei mit den Herausforderungen der Zeitenwende konfrontiert: Wie kann und soll man inhaltlich und strukturell auf die gesellschaftspolitischen Modernitätsfolgen reagieren? Weder in Sachen politischer Programmatik noch hinsichtlich der Aktionsformen liefern die über-

kommenen Muster der Bonner Republik eine Orientierungshilfe.

## Strukturelles Leiden der Opposition

Hinzu kommen die generellen Schwierigkeiten einer Oppositionspartei im Deutschen Bundestag. Politische Opposition ist in Deutschland relativ chancenlos. Die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben dies zuletzt wieder bestätigt. Außer der Suche nach einem möglichen Koalitionspartner und dem geduligen Warten auf den inneren Machtverfall der Regierung bleibt für die parlamentarische Opposition zunächst wenig zu tun. Diese Aussichten schwächen wiederum jedes Vorhaben von Friedrich Merz und Angela Merkel auf Bundesebene auch in Zusammenarbeit mit Edmund Stoiber, als geschlossene Kampfgemeinschaft aufzutreten. Die Regel bestätigt, dass Wahlen nicht von der Opposition gewonnen, sondern von der Regierung verloren werden. Sieht man sich die Regierungswechsel auf Bundesebene näher an, zeigt sich bei den sieben Kanzlern in fünfzigjähriger Geschichte nur eine einzige Ausnahme. Nur 1998 kam es zum kompletten Machtwechsel: Aus den Oppositionsparteien bildete sich die neue Regierung. Bei den vorhergehenden Regierungswechseln rettete sich kontinuierlich verbürgend stets ein alter Koalitionspartner auch in die neue Regierung. Solche dosierten Machtwechsel gab es 1966 (Große Koalition; die Union blieb), 1969 (die SPD blieb) und 1982 (die FDP blieb). Andere Regierungswechsel fanden nur als selbst erneuernde Machtwechsel statt: Die Kanzlerpartei wechselte innerparteilich den Chef aus (von Adenauer zu Erhard, von Brandt zu Schmidt). All diese Wechsel fanden unabhängig vom Wähler statt, das heißt innerhalb der Legislaturperiode ohne vorausgehende Bundestagswahlen (Ausnahme 1969).

Solche rückblickend gewonnenen Szenarien können jede Opposition in Deutschland entmutigen. Das alles überwölbende Stabilitätsgebot reduziert nicht nur die Häufigkeit von Regierungswechseln in Deutschland, sondern auch die Qualität des Wandels. Die größte Oppositionspartei war am Regierungswechsel, von der Ausnahme 1998 abgesehen, nicht beteiligt. Die Macht der amtierenden Kanzler nutzte sich ab, verbrauchte sich, verfiel, jedoch ohne erkennbaren Anteil der Opposition im Deutschen Bundestag.

## Konsens statt Konfrontation?

Die scheinbare Ohnmacht der Opposition erschwert sich zusätzlich noch dadurch, dass die meisten Deutschen keine scharf konfrontative Oppositionspolitik wünschen. Anders als in Konkurrenzdemokratien wie Großbritannien hofieren die Deutschen eher den Konsensstil. Aktuelle Umfragen belegen, dass zwei Drittel der Meinung sind, gute Oppositionsarbeit bestehe in der Unterstützung der Regierung. Nur ein Drittel meint, dass gute Oppositionsarbeit in der Kritik der Regierung liege. Das oppositionelle Prinzip für Widerspruch und Kritik stößt in Deutschland auf wenig Gegenliebe.

Mit dem Versprechen, Runde Tische, also Bündnisse, zur Dauereinrichtung werden zu lassen, pflegt Kanzler Gerhard Schröder deshalb den integrativen Führungsstil seines Vorgängers. Der Kanzler kann sich als Moderator der gegensätzlichen Interessen im Lande profilieren. Er nutzt dabei den Wunsch in der Bevölkerung nach dem Konsens der Mächtigen, der zu organisieren ist. Konsens mithilfe toleranter Umarmung, was die Opposition mit einschließt. Kanzler Schröder hat deshalb auch eine Vielzahl von Sonderbeauftragten ernannt. Diese Emissäre, wie zum Beispiel Rita Süssmuth (CDU) als Leiterin der Kommission für die Problematik eines Zu- und Einwanderungsgesetzes, entstammen gezielt nicht der

Kanzlerpartei. Die Einbindung der Opposition erfolgt im kooperativen Föderalismus auch immer über die Bundesebene, was Schröder zuletzt bei der Steuerreform eindrucksvoll vorführte.

Opposition ist aber nicht nur auf Grund der Systembedingungen in einer konsensualen Verhandlungsdemokratie schwierig und zumeist unergiebig. Wenn die amtierende Regierung eine Pragmatik des Augenblicks pflegt, kommen fast unüberwindliche Hürden für die Opposition hinzu. Wie kann man Widerstand organisieren und Alternativentwürfe zur Regierungspolitik entwickeln, wenn das Regierungshandeln vor allem darin besteht, inhaltlich Spielräume abzutasten (was auch auf Kanzler Helmut Kohl zutraf)? Stößt ein Vorhaben auf öffentlichen Widerstand, werden neue inhaltliche Op-

tionen gesucht. Regieren erscheint für Multi-Options-Kanzler beliebig, dem reinen Pragmatismus geopfert. Wenn jedoch die Zeitanalysen stimmen, dass es keinen einheitlich kalkulierbaren Wählermarkt mehr gibt, erscheint problemorientiertes, kurzes, temporäres Engagement mit Allianzen auf Zeit als angemessene Antwort des Kanzlers auf die extrem wählerischen Wähler.

### Wege aus dem Dilemma: Rückeroberung der Mitte

Was bleibt dann noch für die Opposition? Der Kitt des Zusammenhalts kann nur aus dem unbedingten Willen zur Macht wachsen, die Regierung in naher Zukunft abzulösen. Doch die Rhythmen des Regierens in Deutschland sind desillusionierend. Über sechzehn Jahre herrschten

*Zur Lage der Opposition  
hier: Walter Hanel*



Adenauer und Erhard. Rechnet man die erste SPD-Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition mit auf die Zeit der sozialliberalen Regierungspolitik, dann dauerte es ebenfalls sechzehn Jahre bis zur Kohlschen Wende. Erst nach ebenso vielen Jahren kam Schröder ins Amt. Trübe Aussichten für die Opposition, wenn die Rhythmen des Regierens nicht durchbrochen werden.

Doch die Chancen der Unionsparteien könnten darin bestehen, Innovationskompetenz über klare und einfache Botschaften zurückzugewinnen. Nur wer langfristig in den Feldern Arbeit, Wirtschaft, Soziales als kompetenterer Ansprechpartner gilt, kann mit mehrheitlicher Zustimmung rechnen. Denn diese Themen stehen für die meisten Bürger unangefochten an vorderster Stelle. Bundestagswahlen lassen sich nur durch den Gewinn der politischen Mitte erfolgreich bestreiten. Das bürgerlich-konservative Lager fand dazu bis Anfang der neunziger Jahre gute Voraussetzungen vor: Dezidiertes Antikommunismus und das verbreitete Milieu des rheinischen Katholizismus ließen die Mitte mehrheitlich in der Christdemokratie ihre politischen Vertreter finden. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zerbrach in vielen europäischen Ländern das Koordinatensystem der Parteien, während hier zu Lande die Einheit, der deutsche Sonderweg nach der Systemkonkurrenz, den Verfall des bürgerlichen Lagers verlangsamte, ohne ihn grundsätzlich zu verhindern. Insofern befindet sich die CDU mit dem Wahlverlust von 1998 und dem notwendigen Erneuerungsprozess zeitversetzt im Gleichklang mit zahlreichen Schwes-terparteien in Europa.

Der Spendenskandal fungierte als Katalysator einer solchen Erneuerung. Die Links-Rechts-Differenzierung bei zentralen innen- und außenpolitischen Themen ist obsolet geworden. Unter diesen Umständen fällt es immer schwerer, eine

klare Trennungslinie zwischen einer auf die Vereinnahmung der so genannten „Neuen Mitte“ gerichteten Politik der Sozialdemokratie und entsprechenden christdemokratischen Bemühungen zu ziehen. Darüber hinaus kommen mit der „Entchristlichung“ der Gesellschaft der CDU zunehmend verlässliche Stammwähler abhanden. Die Sicherheit von loyalen Rückhalten geht verloren. So gesehen findet sich die CDU in guter Gesellschaft: Die SPD ist von solchen Entwicklungen ebenso dramatisch betroffen.

Die Antworten der CDU auf diese veränderten Ausdrucksformen des Wählerwillens berühren die Frage nach einer Neubestimmung des Konservatismus im 21. Jahrhundert. Sie müssen sich an politisch-kulturellen Gegebenheiten in Deutschland sowie an übergreifenden Trends orientieren. Politisch-kulturell wird jedes Programm scheitern, das nicht parallel zur Modernisierung den ebenso verbreiteten wie ambivalenten Bedarf an Ruhe und Reform, nach konsensdemokratischem Pragmatismus, nach Stabilität und Sicherheit befriedigt. Strategische Angebote seitens der Parteien müssen aber auch neue Wählergruppen – „ungebundene Wähler“, „Wechselwähler“ – ansprechen. Dazu sind Positionsbestimmungen gegenüber den Großtrends zu entwickeln: Globalisierung, Europäisierung, Überalterung, virtuelle Vernetzung, Entstehung der Wissensgesellschaft. Gesucht wird die Partei, die ihre Stammkundschaft zu halten und neue Wählergruppen zu gewinnen vermag.

Das Orientierungsdilemma des Alltags korreliert mit dem vormodernen Wunsch nach Führung. Angesichts einer solchen Stimmungslage käme es darauf an, den unumgänglichen Abschied von alten Glaubensgewissheiten in eine glaubwürdige politische Botschaft zu übersetzen. Dabei steht nicht die Inszenierung im Mittelpunkt. Erfolgreich ist

vielmehr diejenige Partei, die als Formation die Kraft besitzt, einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt (*cleavage*) politisch Ausdruck zu verleihen.

Die Spitzen der Unionsparteien könnten dabei Lotsendienste übernehmen und etwa Antworten auf folgende Fragen liefern: Verstehen die Menschen ihre politische und soziale Umwelt, in der sie leben und handeln? Haben sie das Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit? Besteht der Eindruck, dass es fair und gerecht zugeht? Können sie sich einbringen, mitmachen oder selbst gestalten? Die Ausrichtung an Moden hilft bei der Antwortsuche nicht weiter. Wäre man so genannten *Trend-Scouts* gefolgt, wäre in der Geschichte der Bundesrepublik keine einzige der großen innen- und außenpolitischen Entscheidungen in der bekannten Form getroffen worden: Weder die Wiederbewaffnung noch die Einführung des Euros konnten sich auf mehrheitliche Zustimmung stützen, und bei einer Abstimmung über die deutsche Einheit hätten die Altbundesbürger, in Kenntnis der Transformationskosten, vermutlich dankend abgelehnt.

### Compassionate Conservatism

Basierend auf der Tradition konservativer, liberaler und christlich-sozialer Werte, könnte die Partei politische Schwerpunkte als „Neue Union“ (Manuel Fröhlich) ausbauen, ohne sich inhaltlich verstellen zu müssen. Angela Merkel hatte als Vorsitzende bei ihrer Antrittsrede auf dem Essener Parteitag die zentralen Themen intoniert, ohne allerdings präzise zu werden: *Markt und Menschlichkeit* heißt der integrierende Slogan. Mittlerweile hat sie den Slogan mit einem Aufsatz zur „Wirkgesellschaft“ testend angereichert: „Wer Solidarität anderer in Anspruch nimmt, muss aber umgekehrt den ihm möglichen Beitrag für die Gemeinschaft erbringen.“ In der Summe intoniert die Melodie beider Texte durchaus einen „mitfühlenden

Konservatismus“ oder „Konservatismus der Mitmenschlichkeit“ (*compassionate conservatism*), der US-Präsident Bush ins Amt beförderte. Das war und ist mehr als ein bloßes Wohlfühlwort. Es steht für ein gesellschaftliches Experiment der steuerbaren Erneuerung des Wohlfahrtsstaates bei gleichzeitigem Rückzug des Staates aus traditionellen Systemen der Wohlfahrt. Mitfühlender Konservatismus kommt – durch Umfragen belegt – einprägsamer für die meisten Bürger daher als die abstrakt-intellektuellen Konzepte der Zivilgesellschaft und Zivilität sozialdemokratischer Prägung. Mitfühlender Konservatismus muss sich in einer Wirkgesellschaft um die Balance von Markt und Menschlichkeit bemühen. Er wäre eine inhaltliche Klammer um die großen Programmkommissionen der Union und eine transparentere Antwort als die Subsidiarität aus dem Fundus der katholischen Soziallehre. Im Kern steht damit eine neue soziale Frage als Konfliktlinie im Mittelpunkt, den die Union mit Generalsekretär Heiner Geißler in den siebziger Jahren – sicherlich anders akzentuiert – zum Erfolgsthema des Machtaufstieges machte. Damals nutzte die Union im Parteiensystem der kommunizierenden Röhren das eher links verortete Sozialthema, das die Sozialdemokratie im Regierungsalltag vernachlässigte, um die politische Mitte wieder zu erreichen. Das Parteiensystem ist angesichts komplexer Wählermärkte heute beweglicher als damals. Insofern sind die Konsequenzen einer programmatischen Akzentverlagerung schneller messbar. Sie können jedoch nur in Wählerstimmen umgesetzt werden, wenn zu den veränderten Zielen auch die ausstrahlende Sachkompetenz der politischen Akteure passt. Erfolgreich ist Darstellungspolitik nur, wenn ihr eine Rationalität der Entscheidungspolitik folgt. Wahl-, Parteien- und Medienwirkungsforschung sind sich in seltener Eintracht hierin einig.